

Podiumsdiskussion Methfesselfest 4.9.2010

Wolfgang Erdmann

Nur in Sonntagsreden geht es beim völkerrechtswidrigen und verbrecherischen Krieg in Afghanistan um Demokratie und Menschenrechte. In Wirklichkeit geht es um Geostrategie, um Rohstoffe, um Transportwege inmitten eines Großraumes reich an Rohstoffen jeder Art, von dem aus sich Iran, Russland und China erreichen lassen, das ist ausschlaggebend für den verblissenen Militäreinsatz. Alles andere ist Propaganda.

Ein Wort zu Rüstung und Krise:

Gewerkschaften und Friedensbewegung dürfen eines nicht aus den Augen verlieren: Die Weltwirtschaftskrise 1929 endete im zweiten Weltkrieg; auf dem Nährboden wirtschaftlicher Not wuchsen Nationalismus, Rassismus und die Kriegsbereitschaft zur Erreichung faschistischer Ziele. Jetzt hatten und haben wir die schwerste Weltwirtschaftskrise seit 1929. Der Neoliberalismus mit seiner menschenverachtenden Losung „Der Markt wird es schon richten“ hat jegliche Glaubwürdigkeit verloren – Aber: die Politik des Neoliberalismus herrscht nach wie vor, die Verantwortlichen für die Krise sitzen weiterhin am Ruder der Macht. Die Spekulation geht munter weiter: jetzt sind es nicht mehr die Immobilien, sondern nun geht es modisch um Rohstoffe, Nahrungsmittel und Währungen. Der damalige Innenminister Paul Lücke sagte 1968 zur Verabschiedung der Notstandsgesetze, sie seien erforderlich für Zeiten, „wenn es in der Wirtschaft hagelt“.

Hochrüstung und Kriegseinsätze wie in Afghanistan bedeuten eine akute Bedrohung der Demokratie. Was gilt denn schon noch das Grundgesetz, das als einzigen Bundeswehreinsatz die Landesverteidigung vorsieht.

Stell Dir vor, es herrscht Krise und Verschuldung – und Geld steht beliebig zur Verfügung... für Rüstungsausgaben:

In dem letzte Woche von der Bundesregierung beschlossenen Sparpaket werden die Reichen und Krisenverursacher verschont und die Bevölkerung geschröpft, ganz besonders die Hartz-IV-Empfänger. Im sozialen Bereich sollen in den nächsten 4 Jahren 32 Mrd. Euro gestrichen werden. Dies ist konkret vorgesehen, während die Einsparungen im Militärbereich nebulös sind: „abhängig von der Bundeswehrreform, von der Sicherheitslage...“

- Deutschland gibt 2010 31,1 Mrd. Euro, nach Sipri-Kriterien 50% mehr, für den Rüstungshaushalt aus (der 6. höchste Rüstungshaushalt in der Welt), der Militärhaushalt ist z. B. fünfmal so hoch wie der Etat „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ (6,15 Mrd €). Das bedeutet eine direkte Umverteilung unserer Steuergelder in die Taschen der Rüstungskonzerne. Sechs deutsche Rüstungskonzerne gehören mittlerweile wieder zu den größten der Welt. Zu den Verkaufsschlägern zählen Panzer, U-Boote, Flugzeuge, Drohnen, Granatwerfer und Sturmgewehre. Allein die vorgesehenen 134 Transporthubschrauber NH 90, eingesetzt in Afghanistan, kosten 4,0 Mrd. Euro; davon könnte man 305 Berufsbildungszentren bauen.
- Deutschland ist mit 2,8 Mrd. US-Dollar in 2008 der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt („Händler des Todes“), Das ist ja wohl die schändlichste Bronze-medaille, die Deutschland je belegt hat. Die neue Devise heißt nicht mehr „Brot für die Welt“, sondern „Tod für die Welt“!

3 Beispiele für den Zusammenhang von staatlichen Rüstungsausgaben und Profiten:

- Handelsblatt vom 7.7.2009 unter dem Titel „Rheinmetall greift an“: „Die Bundeswehr-Aufträge sind für die Industrie in der Regel der Türöffner für Exportaufträge. Voraussetzung ... sei eine geglückte Serieneinführung im deutschen Heer.“ (Verf.: optimal ist natürlich die Praxiserprobung z. B. in Afghanistan) Während bei Rheinmetall die Sparte „Automobilzulieferung“ 2009 um 41% einbrach, erzielte der Rüstungsbereich ein Plus von 7%. „Mit der Verlagerung auf das krisensichere Geschäft mit den Militärs will sich Rheinmetall besser gegen Schwankungen absichern. ... Analysten begrüßen den Schwenk weg vom zyklischen Autogeschäft.“
- Bilanzpressekonferenz Fa. Diehl vom Juli 2009: Während der Jahresumsatz insgesamt um 4% gesunken ist, konnte die Rüstungsproduktion um 4% gesteigert werden. Während im Bereich Rüstung Überstunden gefahren werden, sind in anderen Betrieben etwa 1.500 Beschäftigte in Kurzarbeit.
- Hamburger Abendblatt vom 19.8.2009: „Rüstungskonzerne sind gut im Geschäft“: „Anfang Juli bestellte die Bundeswehr bei Rheinmetall und ... Krauss-Maffei Wegmann 405 Schützenpanzer im Gesamtwert von 3,1 Mrd. Euro. Für Rheinmetall ist dies der größte Auftrag seit dem Zweiten Weltkrieg.“

Sind Militärausgaben ein Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise?

- Paul Krugman, Ökonomie-Nobelpreisträger, weist im März 2009 auf den Zusammenhang von Krise, Hochrüstung und Krieg hin: „Wenn Sie sehen wollen, welcher Anstrengungen es tatsächlich bedarf, um die Wirtschaft aus einer Schuldenfalle zu befreien, dann betrachten Sie das massive öffentliche Beschäftigungsprogramm, das die Große Depression (Verf.: 1929) beendete, besser bekannt unter dem Begriff „2. Weltkrieg“.“
- So schlussfolgert auch aus Militär-Sichtweise die Zeitschrift TRUPPENPRAKXIS / WEHRAUSBILDUNG Nr. 2+3/1996 unter dem Titel „Die neue Herausforderung - Das Wesen künftiger Konflikte“: „Die großen Kriege des 20. Jahrhunderts fanden zwischen wohlhabenden Staaten statt. Im nächsten Jahrhundert (Verf.: dieses Jahrhundert!) werden die jetzt in Frieden miteinander lebenden wohlhabenden Staaten gegen die Völker der armen Staaten und Regionen ihren Wohlstand verteidigen müssen.“

Und so muss man die heutige Lage sehen: zunehmende Auslandseinsätze der Bundeswehr im Ausland zur Absicherung der Rohstoffe und Verkehrswege, zunehmende Militarisierung im Innern (das Ziel eines möglichen Bundeswehreininsatzes im Inneren haben die Konservativen nie aus den Augen verloren), zunehmende Militarisierung der EU auf Grundlage des Lissaboner Vertrages.

Auf noch einen Zusammenhang zwischen sozialer Krise und Kriegsbereitschaft möchte ich hinweisen: 62% der Bundeswehrsoldaten in Afghanistan stammen aus den neuen Bundesländern. In den Regionen, wo die Arbeitslosenquote doppelt so hoch ist wie im Westen, melden sich anteilig fast dreimal mehr Soldaten zu Kampfeinsätzen als im übrigen Bundesgebiet. PUBLIK FORUM 15/2009 rechnete vor: „Bei 4 Monaten Afghanistan-Einsatz macht das mehr als 13.000 Euro zusätzlich zum Grundsold.“ Oder als Erbschaft für die, die in diesem Krieg nicht überlebt haben, möchte ich sarkastisch hinzufügen.

Ein letzter Aspekt: die Militarisierung im Inneren

In die Kriegseinsätze, z. B. in Afghanistan, werden die zivilen Hilfsorganisationen systematisch einbezogen: Zivil-Militärische Zusammenarbeit. In der Folge werden NGOs mit den Interventionstruppen identifiziert und zum militärischen Ziel erklärt. Der Generalsekretär der Welthungerhilfe Wolfgang Jamann: „Die zivil-militärische Zusammenarbeit ist ein Sündenfall, da sie echte Entwicklungshelfer in das Visier der Taliban gerückt hat. Die Entwicklungshilfe durch die Wiederaufbauteams der Bundeswehr ist Teil der Militärstrategie geworden – daher werden auch Entwicklungshelfer nicht mehr unparteiisch wahrgenommen. Der Juli 2009 ist mit 5 (zivilen) Toten der schlimmste Monat des Jahres für die Hilfsorganisationen gewesen.“

2008 ist eine Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Technischem Hilfswerk unterzeichnet worden, mit dem eine noch engere Verzahnung von THW (80.000 Mitarbeiter) und militärischer Infrastruktur erreicht werden soll.

2008 wurde ein Gesetz zur „Unterstützung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr“ verabschiedet, das die Hilfsorganisationen DRK, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst zur „Unterstützung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr“ auch im Ausland verpflichtet.

Die Bundeswehr, so ihr im Kosovo und in Afghanistan stationierter Teil, ist polizeiähnlicher geworden und die Polizei im Inneren der Bundesrepublik wird militärischer. Eine Verzahnung geschieht im Rahmen der sog. „Zivilmilitärischen Zusammenarbeit Inneres (ZMZ I)“, praktiziert z. B. beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm oder beim NATO-Gipfel 2009 in Baden-Baden / Kehl. Es handelt sich um eine vorweggenommene Praxis von Bundeswehreinsätzen im Inland.

Entsprechend dem am 17.2.2005 beschlossenen Gesetz über die Neuordnung der Reserve der Streitkräfte werden dafür rund fünf Millionen Reservisten bis zum Alter von 60 Jahren für die Zivilmilitärischen Zusammenarbeit Inneres (ZMZ I) bereitgestellt.

In sämtlichen 426 Landkreisen und kreisfreien Städten wurden in den Rathäusern und Landratsämtern Kommandozentralen ZMZ I geschaffen. Das Landeskommando Hamburg wurde im Februar 2007 in Dienst gestellt. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört die Zivil-Militärische Zusammenarbeit I.

Innen- und Verteidigungsminister nennen jeden Notfall heute einen „Quasi-Verteidigungsfall“ und fügen hinzu: „Ob völkerrechtlicher Angriff oder innerstaatliches Verbrechen, ob Kombattant oder Krimineller, ob Krieg oder Frieden: die überkommenen Begriffe verlieren ihre Trennschärfe und damit ihre Relevanz.“ „Vernetzte Sicherheit“ heißt es im Weißbuch der Bundeswehr von 2006.

Aber:

Die Menschen sehnen sich nach sozialer Sicherheit, nach friedlichem Zusammenleben, nach friedlicher Beilegung von Konflikten. Eine andere Welt ist notwendig und machbar. Thomas Mann hat einmal geschrieben: „Der Krieg ist nichts als Drückebergerei vor den Aufgaben des Friedens!“.

Daher: Schluss mit dieser Drückebergerei, lasst uns weiter energisch streiten für den Frieden!